

Presseinformation 01/2025

Wahlkampfauftakt ohne Klimapolitik?

In 2024 hat sich der Klimawandel verschärft und hohe Klimaschäden verursacht. Dennoch spielt das Thema Klimapolitik lediglich als Bürgerschreck eine Rolle im beginnenden Bundestagswahlkampf. Die Durchschnittstemperatur hat erstmals 1,5 Grad über dem Niveau vor der Industrialisierung erreicht. Fluten, Wirbelstürme und Dürren verursachten Milliarden Schäden und tausende Tote durch Extremwetter. Die Versicherungsbranche spricht in 2024 von Schäden in Höhe von 5,5 Milliarden Euro allein in Deutschland. Trotzdem wird den Wählerinnen und Wähler von fast allen Parteien kein Plan für Klimaschutz und Energiewende vorgelegt.

Konservative und rechte Parteien versprechen den Wählerinnen und Wählern eine wachsende Wirtschaft. Konkrete Maßnahmen beziehen sich aber laut einer Analyse des größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts DIW am Beispiel des CDU/CSU Wahlprogramms in der Entlastung wohlhabender Bevölkerungsschichten, insbesondere die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Großverdiener, Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz, Senkung von Unternehmenssteuersätzen und mehr. Ob diese jährlichen Entlastungen von rund 100 Mrd. Euro tatsächlich Wachstumsimpulse auslösen, sei mehr als zweifelhaft, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt in Rheinland-Pfalz. Das seien Instrumente aus der Vergangenheit. Zudem erzeugen sie große Haushaltslöcher, die es an anderer Stelle zu kompensieren gilt. Die Belastung von Bürgergeldempfänger oder die Remigrationsideen rechter Parteien, könnten im Ansatz keinen relevanten Anteil liefern, um solche Haushaltslöcher zu stopfen. Es handle sich hierbei offensichtlich um eine Form der Symbolpolitik ohne Lösungsansatz.

Gefährlich, teuer und schädlich seien dagegen Pläne, fossile und atomare Technologien zu finanzieren, um die Energiewende und den Klimaschutz aufzuhalten. Mit dem Begriff der „Technologieoffenheit“ soll das bestehende Heizungsgesetz abgeschafft und das Aus der Verbrenner-Autos rückgängig gemacht werden. Beides kein Ansatz zu einer Wachstumspolitik, sondern im Gegenteil. Während die Vorgängerregierung als Große Koalition Verbot von Öl- und Gasheizungen eingeführt hatte, wurde diese Verbotspolitik durch eine wesentlich intelligentere Quotenpolitik abgelöst. Neue Heizungen müssen zu 2/3 klimaneutral sein. Diesen Grundsatz wollen die meisten Parteien wieder abschaffen. Was anstelle dessen treten soll, bleibt die Wählerinnen und Wähler verborgen. Soll es wieder zurück zu den alten Verboten kommen?

Ähnlich dubios auch die Politik für die Autoindustrie. Während sich global die Elektroautos durchsetzen, wollen lediglich Italien und Deutschland die KFZ Politik in der Welt aufhalten und auf die alte und ineffiziente und damit viel zu teure Verbrennertechnologie setzen. Transformation der Industrie zu modernen und klimafreundliche Kreislaufwirtschaften statt Rückwärtsgewandtheit stehen nur in wenigen Parteiprogrammen an oberster Stelle. Aber nur solche Ansätze können wirklich Probleme lösen, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt abschließend.